

38. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 12. Oktober 2018

Top 5: Sexuell übertragbare Infektionen in Nordrhein-Westfalen bekämpfen – Meldepflichten einführen!

Antrag
der Fraktion der AfD
[Drucksache 17/3803](#)

Vizepräsident Oliver Keymis:

Vielen Dank, Herr Kollege Yüksel. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben jetzt schon viel von der Anhörung zum Thema „sexuell übertragbare Erkrankungen“ gehört. Ich habe an dieser Anhörung teilgenommen. Keiner der anwesenden Experten hat eine erweiterte Meldepflicht gefordert. Da ging es um andere Aspekte.

Wir brauchen einerseits mehr Prävention durch individuellen Schutz oder durch Impfung, andererseits müssen Menschen möglichst früh erfahren, dass sie infiziert sind.

Zur Prävention: Immer noch gelten der Gebrauch von Kondomen und ein risikobewusstes Verhalten als bester Schutz vor Übertragung. Kondome können vor einer Infektion mit den verschiedenen sexuell übertragbaren Erregern schützen und sind nicht, wie zum Beispiel die Präexpositionsprophylaxe, kurz PrEP, nur auf HIV ausgerichtet. Selbst wenn PrEP für bestimmte Zielgruppen ein sinnvoller Schutz sein kann, zeigt dies aber auch: Wir dürfen nicht darauf verzichten, weiterhin die Verwendung von Kondomen zu propagieren.

Mit der HPV- Impfung haben wir zudem einen effektiven Schutz vor Infektionen mit Humanen Papillomaviren. Ich freue mich sehr, dass mit der STIKO-Empfehlung jetzt endlich die Kostenübernahme durch die Krankenkassen auch für Jungen gesichert ist.

(Beifall von der FDP–Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die FDP-Fraktion hat dies bereits vor knapp zwei Jahren hier gefordert. Jetzt müssen wir aber schauen, dass wir die jungen Männer überhaupt erreichen, weil ihnen in der Regel Anlässe für Arztbesuche fehlen. Daher sollten wir überlegen, ob hier eine Verknüpfung mit der J1-Untersuchung und einem Einladungswesen sinnvoll ist oder wie wir in diesem Bereich weiterkommen.

Nun möchte ich auf den zweiten wichtigen Aspekt zu sprechen kommen, nämlich die Tests. Wer nicht weiß, dass er infiziert ist, gefährdet seine Sexualpartner, aber auch sich selber. Nur wer von einer Infektion weiß, kann sich auch behandeln lassen, sein Sexualverhalten entsprechend anpassen und so die Infektionskette durchbrechen. Deshalb brauchen wir frühzeitige Tests.

Gerade Menschen mit einem stärker risikobehafteten Sexualverhalten sollten sich regelmäßig testen lassen. Dazu gibt es bereits gute Ansätze. Mit der Zulassung der HIV-Selbsttests haben wir endlich ein niedrighwelliges sehr gutes Angebot auch für die Menschen, die sich nicht vor einem Arzt oder vor einer Beratungsstelle offenbaren möchten.

WIR, Walk In Ruhr, das Zentrum für Sexuelle Gesundheit und Medizin–wir haben es gerade gehört–,bietet zum Beispiel auch über Onlinerisikotests und eine anonyme Partnerbenachrichtigung Anstöße, die dazu bewegen, einen STI-Test durchzuführen.

Es gibt aber auch noch Defizite, beispielsweise hinsichtlich der Vergütung für Aufklärungsgespräche beim etablierten Chlamydien-Screening für junge Frauen oder der Kostenübernahme bei Vorsorgeuntersuchungen auf Chlamydien auch für junge Männer.

Unser Ziel muss es jedenfalls sein, die Testmotivation zu erhöhen. Erweiterte Meldepflichten könnten diese Bereitschaft – ein psychologischer Effekt –durchaus eher reduzieren als för-

dern. Selbst anonyme Meldungen können Befürchtungen wecken, auch wenn diese in der Praxis überhaupt nicht begründet sind.

Es sprechen aber ebenso praktische Gründe gegen erweiterte Meldepflichten. So würden die Meldungen vor allem den öffentlichen Gesundheitsdienst belasten, da sie einzeln erfasst werden müssten. Dabei sind die Gesundheitsämter bereits heute personell sehr beansprucht.

(Dr.Martin Vincentz [AfD]: Was ist mit der Digitalisierung?)

Diese Ausführungen zeigen, dass es viele Ansätze zur Bekämpfung sexuell übertragbarer Infektionen gibt. Erweiterte Meldepflichten brächten uns dabei jedoch nicht weiter, vielmehr wäre das Gegenteil der Fall.

Die NRW-Koalition aus Christdemokraten und FDP hat für den kommenden Haushalt einen deutlich erhöhten Etat bereitgestellt, um die zielgruppenspezifische Prävention zu stärken und die Testmotivation zu erhöhen. Diesen Weg sollten wir weitergehen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneider.–Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Mostofizadeh.